

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses
am Freitag, dem 20.03.2009, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. C4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:40 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Bericht der Verwaltung	5
2.	Umsetzung und Flankierung des Konjunkturpakets II durch den Kreis Warendorf	031/2009 8
3.	Beteiligung des Kreises Warendorf an einer noch zu errichtenden integrierten Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes; hier: Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Münsterland-Emscher-Lippe (CVUA-MEL) - Anstalt des öffentlichen Rechts	027/2009 11
4.	Gewährung eines Investitionskostenzuschusses an die Hospizbewegung im Kreis Warendorf e.V.	012/2009 12
5.	Direktvergabe RVM	002/2009 13
6.	FahrradBus Beckum - Münster	003/2009 14
7.	Vereinsbeitritt in die Vereinigung der Leiterinnen und Leiter örtlicher Rechnungsprüfungen in Nordrhein-Westfalen (VERPA e.V.)	025/2009 15

- | | | | |
|------------|--|-----------------|-----------|
| 8. | Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien | 032/2009 | 16 |
| 9. | Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur Kommunalwahl 2009 | 030/2009 | 17 |
| 10. | Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29.11.2008 zur geplanten Beteiligung der RWE AG am Bau eines Atomkraftwerkes in Belene, Bulgarien | 029/2009 | 18 |
| 11. | Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2009 zur Einführung eines "Sozial-Tickets" | 035/2009 | 20 |

II. Nichtöffentlicher Teil

- | | | | |
|-----------|--|-----------------|-----------|
| 1. | Anerkennung von ruhegehaltfähigen Zeiten für die Wahlbeamten | 034/2009 | 22 |
| 2. | Neubau eines kombinierten Rad-/Gehweges entlang der K 54, Wadersloh | 019/2009 | 23 |
| 3. | Berufskolleg Warendorf, von-Ketteler-Straße; Vergabe der Dachdeckerarbeiten für die Fassadensanierung der Sporthalle und für die Flachdachsanierung des Umkleideanbaus | 020/2009 | 24 |

Anlagen

- | | |
|----------|--|
| Anlage 1 | Rechtsverordnung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes |
| Anlage 2 | Entwurf der Finanzsatzung des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Münsterland-Emscher-Lippe |

Anwesend:

Vorsitz
Gericke, Olaf Dr.
Mitglieder des Kreisausschusses
Arnkens-Homann, Dagmar
Birkhahn, Astrid
Buschkamp, Franz-Josef
Hild, Karl-Wilhelm
Juli, Reimund
Kaup, Winfried
Krause, Winfried
Kreft, Peter
Müller, Eckehard
Ommen, Detlef
Steiner, Hans-Rüdiger
Strautmann, Klaus Dr.
Tünste-Poschmann, Hildegard
Wartala, Franz-Jörg
Wiemann, Norbert
von der Verwaltung
Börger, Heinz Dr.
Funke, Stefan Dr.
Hansen, Peter Dr.
Gnerlich, Friedrich
Seidel, Ansgar Dr.
Kampelmann, Norbert
Rogoski, Nicole

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, die Vertreter der Presse sowie sechs Auszubildende in Begleitung des Ausbildungsleiters Herrn Wißling.

Er stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 09.03.2009 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Zu TOP I.9 "Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur Kommunalwahl 2009" wurde mit Datum vom 10.03.2009 die Anlage zur Sitzungsvorlage 030/2009 versandt, die versehentlich der Einladung nicht beigelegt war.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil**1. Bericht der Verwaltung****Zusätzliche RWE-Aktien**

- LR Dr. Gericke:

Im November 2000 seien die Energieversorgungskonzerne RWE und VEW miteinander verschmolzen. Der Kreis Warendorf sei Aktionär der VEW gewesen und habe seinerzeit 119.610 VEW-Aktien gehalten. Bei der Verschmelzung sei ein Umtauschverhältnis von 1:5 festgelegt worden. Diese Relation habe in den vergangenen Jahren auf dem Prüfstand gestanden. Inzwischen sei es zu einem gerichtlichen Vergleich gekommen. Danach würden alle ehemaligen VEW-Aktionäre für jede Aktie eine Nachzahlung in Höhe von 14 € erhalten. Diese Nachzahlung erfolge allerdings nicht in bar, sondern in RWE-Aktien. Der Kreis Warendorf erhalte demnach 27.630 zusätzliche RWE-Aktien, die auch bereits in diesem Jahr dividendenberechtigt seien. Bei einer angekündigten Dividende von 4,50 € mache das zusätzlich ca. 120.000 € aus, die in die gemeinnützige Kulturfördergesellschaft eingehen würden.

Tarif- und Besoldungserhöhungen

- LR Dr. Gericke:

In der vergangenen Woche habe das Landeskabinett die Besoldungserhöhungen für die Beamten beschlossen und 1:1 umgesetzt.

Die hiermit verbundenen erhöhten Zahlungen für Beamte beim Kreis Warendorf in Höhe von rd. 300.000 € seien in etwa so auch im Haushalt eingeplant.

Seit Einführung des NKF liege das Problem für den Haushalt aber vor allem in der notwendigen Aufstockung der Pensionsrückstellungen. Eine einprozentige Besoldungssteigerung erfordere eine Erhöhung der Pensionsrückstellungen um gut 700.000 €. Aus Rücksicht auf die städtischen und gemeindlichen Haushalte habe der Kreis lediglich 500.000 € veranschlagt, was bei der letzten Diskussion zum Kreishaushalt teilweise als zu hoch kritisiert worden sei.

Einheitlicher Ansprechpartner Münsterland

- Herr Dr. Funke:

Den Kreisen und kreisfreien Städten in NRW sei per Gesetz eine neue Aufgabe zugesprochen worden, nämlich die Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners für Dienstleistungsbriinger aus dem gesamten EU-Raum nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Der einheitliche Ansprechpartner habe den Status einer Behörde, die aber keine eigenen Entscheidungen treffen könne.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie verpflichte die Mitgliedsstaaten sicherzustellen, dass die Dienstleistungsbriinger aus allen EU-Staaten sämtliche Verfahren und Formalitäten, die für die Aufnahme und Ausübung ihrer Tätigkeiten erforderlich seien, über Einheitliche Ansprechpartner abwickeln könnten.

Bereits Ende dieses Jahres müsse der Einheitliche Ansprechpartner funktionsfähig sein.

In Nordrhein-Westfalen werde es maximal 18 dieser Stellen geben, so dass Kooperationen erforderlich seien. Die Münsterlandkreise würden diese Aufgabe daher gemeinsam angehen.

Servicestelle Personal

- Landrat Dr. Gericke:

Im Sommer 2008 habe der Kreis gemeinsam mit der Stadt Sendenhorst und den Gemeinden Ostbevern, Everswinkel und Beelen den Zuschlag für das Pilotprojekt erhalten, bei dem im Personalbereich Synergieeffekte genutzt werden sollten.

Zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung bedürfe es einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung. Diese Vereinbarung werde in den kommenden Wochen mit den Bürgermeistern abgestimmt, so dass sich der Kreistag im Juni mit der Vereinbarung befassen könne.

Sachstand Glasfaserbreitband

- Landrat Dr. Gericke:

In der Aufsichtsratssitzung der gfw am 11.03.2009 sei eine von der ISFM Ahlen beauftragte Vorstudie präsentiert und der weitere Projektverlauf einstimmig beschlossen worden. Nun müsse ein geeignetes Betreibermodell gefunden werden.

Der Projektverlauf sehe im nächsten Schritt die Durchführung einer detaillierten Wirtschaftlichkeitsberechnung vor. Die Kosten würden für ein Jahr etwa 100.000 € betragen, die, sofern es keine anderen Zuschüsse gebe, durch eine überplanmäßige Ausgabe im Kreishaushalt für die gfw bereitgestellt werden müssten.

Sommerfest des Kreises

- Landrat Dr. Gericke:

Bislang sei das Sommerfest auf den 21.08.2009 terminiert gewesen. Aufgrund der Verlegung der Kommunalwahl auf den 30. August werde das Sommerfest nun auf den 10. Juni 2009 vorverlegt.

Auch in diesem Jahre werde es auf Haus Nottbeck in Oelde-Stromberg stattfinden. Eingeladen würden Bürgerinnen und Bürger, die sich in den verschiedenen Bürgerinitiativen zum "Innovativen Radwegebau" engagierten.

2.	Umsetzung und Flankierung des Konjunkturpakets II durch den Kreis Warendorf	031/2009
-----------	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke erläutert anhand eines Powerpoint-Vortrages die geplanten Maßnahmen zur Umsetzung des Konjunkturpakets II durch den Kreis Warendorf.

- Herr Hild:

Man könne bei der Umsetzung des Konjunkturpakets II entweder lamentieren oder handeln. Hier im Kreis habe man sich für das Handeln entschieden, weil eine schnelle Realisierung wichtig sei.

Besonders erfreulich sei die Verknüpfung der Bildungsoffensive mit dem Konjunkturpaket II.

Die umfangreiche Berichterstattung der Verwaltung in der Vergangenheit veranlasse die CDU-Fraktion dazu, der Verwaltung Vertrauen zurückzugeben, indem die Fraktion den vorgeschlagenen erweiterten Vergabemöglichkeiten zustimmen werde. Dies werde unter Wahrung des Wettbewerbs auch die heimische Wirtschaft im Kreis unterstützen.

- Herr Juli:

Einige Fragen zum Konjunkturpaket II seien aufgrund der Schnelligkeit der getroffenen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene noch offen. Daher verbiete sich das Lamentieren. Dennoch wolle er einige Anmerkungen machen.

Bei einer Besprechung der Verwaltungsleitung mit den Fraktionsvorsitzenden sei seitens der Fraktionsvorsitzenden auf einige Punkte hingewiesen worden. So z.B. auf das Thema Glasfaserbreitband und das Gesundheitsamt in Ahlen. Auf diese Punkte sei die Verwaltung nun größtenteils eingegangen.

Bemängeln müsse er, dass die Verwaltung der Politik einen fertig ausgearbeiteten Maßnahmenkatalog vorgelegt habe. Wünschenswert wäre eine Liste mit rechtlich machbaren Maßnahmen gewesen, die die Fraktionen dann politisch hätten abarbeiten können.

Da es sich bei den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II schlicht und ergreifend um Schulden handele, die nachfolgende Generationen zahlen müssten, müssten die Maßnahmen nachhaltig sein und den Kindern im Kreis Warendorf auch später zugute kommen.

Vor diesem Aspekt habe die SPD-Fraktion Zweifel, ob die Dachsanierung der Abtei Liesborn sowie die Sanierung des Gesundheitsamtes Ahlen nachhaltig seien. Dennoch sehe er zu diesen Maßnahmen keine Alternative, weil die Kenntnis fehle, welche anderen Maßnahmen der Kreis gesetzeskonform durchführen könne.

Bei der Bildungsoffensive gebe es keinen Dissens.

- Herr Wiemann:

Auch für die FWG-Fraktion erschienen die vorgeschlagenen Maßnahmen akzeptabel. Jedoch fehlten auch ihm Alternativen zum Vorschlag der Verwaltung.

In Bezug auf die erweiterten Vergabemöglichkeiten für die Verwaltung werde die FWG-Fraktion ihre Zustimmung nicht erteilen.

Er beantrage daher, beim Beschlussvorschlag zu 2. die Zahl 500.000 EUR durch 100.000 EUR zu ersetzen.

Landrat Dr. Gericke merkt an, dass es keine andere Maßnahmen- oder Prioritätenliste gebe, die die Verwaltung der Politik vorenthalten habe.

- Herr Müller:

Die Investitionsvorhaben der Verwaltung seien für seine Fraktion stimmig. Daher habe ihm eine Ergänzung der Maßnahmenliste nicht gefehlt.

Die Sanierung der Abtei Liesborn sowie des Gesundheitsamtes in Ahlen seien darüber hinaus keine neuen Projekte.

Ebenso sei klar, dass energetische Sanierungen eine Investition in die Zukunft darstellten.

- Herr Dr. Strautmann:

Schulden, die heute gemacht würden, müsse die Jugend später tragen. Insofern werde sich die FDP-Fraktion bei diesem Punkt enthalten.

Anmerken wolle er noch, dass es ihm sehr überzogen erscheine, in einer solchen Krise 2 Mio. Euro in die Sanierung eines Museums zu investieren.

- Herr Dr. Funke:

Es handele sich bei der geplanten Maßnahme an der Abtei Liesborn nicht ausschließlich um eine Dachsanierung, sondern um eine Komplettsanierung des Gebäudes. Diese Maßnahmen seien baulich erforderlich. Dass in dem Gebäude ein Museum beheimatet sei, sei eher nachrangig.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreis Warendorf startet eine Bildungsoffensive, in deren Rahmen die in den Erläuterungen dargestellten Maßnahmen zum Ausbau, zur Sanierung, energetischen Verbesserung und Modernisierung an den in Kreisträgerschaft befindlichen Schulen umgesetzt werden.
 - Der Liste der Maßnahmen, die durch das Konjunkturpaket II finanziert werden, wird zugestimmt und die Verwaltung mit der Umsetzung beauftragt.
 - Daneben sollen Maßnahmen durchgeführt werden, die für eine zukünftige Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Münster notwendig sind und die Ganztagsunterricht an allen Schulen des Kreises ermöglichen (Einrichtung eines Selbstlernzentrums und Modernisierung von Laboren am Berufskolleg Beckum, Einrichtung von Bistros/Mensen an den drei Berufskollegs, Umbaumaßnahmen für den offenen Ganzttag an den Förderschulen). Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Beschlüsse zum Haushalt 2010 vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 15 Enthaltung 1

2. Zur zügigen Umsetzung der Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II wird der Verwaltung nach § 50 IV KrO NRW die Befugnis übertragen, die hierfür erforderlichen Vergabeentscheidungen bis zu einer Höhe von 500.000 EUR. Die Verwaltung macht bei der Durchführung von Freihändigen Vergaben und Beschränkten Ausschreibungen von den erweiterten Möglichkeiten Gebrauch.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 15 Nein 1

Antrag der FWG-Fraktion zum Beschlussvorschlag zu 2.:

Die Zahl "500.000 EUR" wird durch die Zahl "100.00 EUR" ersetzt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Ja 1 Nein 15

3.	Beteiligung des Kreises Warendorf an einer noch zu errichtenden integrierten Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes; hier: Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Münsterland-Emscher-Lippe (CVUA-MEL) - Anstalt des öffentlichen Rechts	027/2009
-----------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag

1. stimmt zu,

dass das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Münsterland-Emscher-Lippe als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 1. Juli 2009 errichtet wird. Die Errichtung erfolgt auf der Grundlage des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) durch und nach Maßgabe einer Rechtsverordnung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Anlage 1),

2. beschließt,

- a) dass der Kreis Warendorf neben dem Land NRW sowie den Städten Bottrop, Gelsenkirchen, Münster und den Kreisen Borken, Coesfeld, Recklinghausen und Steinfurt in die Trägerschaft der Anstalt des öffentlichen Rechts eintritt,
- b) dass die Finanzierung der Anstalt des öffentlichen Rechts auf der Grundlage des unter den Trägern abgestimmten Entwurfs der Finanzsatzung (Anlage 2) erfolgt und dass der Anteil des Kreises Warendorf am Stammkapital in Höhe 16.000 € der Anstalt rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird,
- c) dass der zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt in Münster und dem Kreis Warendorf abgeschlossene öffentlich-rechtliche Vertrag vom 02.11./05.12.2005 zum Zeitpunkt der Errichtung der öffentlich-rechtlichen Anstalt im gegenseitigen Einvernehmen aufgehoben wird,
- d) die Mehrauszahlung in Höhe von 375,00 € für die stammkapitale Einlage gem. § 53 Abs. 1 KrO i. V. m. § 83 Abs. 1 GO zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4.	Gewährung eines Investitionskostenzuschusses an die Hospizbewegung im Kreis Warendorf e.V.	012/2009
-----------	---	-----------------

Beschluss:

Der Hospizbewegung im Kreis Warendorf e.V. wird ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 40.000 Euro gewährt.

Der Zuschuss wird unter folgenden Voraussetzungen bewilligt:

- Die Hospizbewegung im Kreis Warendorf e.V. verpflichtet sich, in ihrem stationären Hospiz vorrangig Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Warendorf zu versorgen.
- Der Zuschuss wird ausschließlich zur Minderung der Finanzierungskosten gewährt, die auf den Aus- und Umbau des stationären Hospizes entfallen.
- Die im Rahmen der geförderten Aus- und Umbaumaßnahme neu geschaffenen stationären Hospizplätze dürfen nach Fertigstellung für mindestens 20 Jahre keinem anderen Zweck zugeführt werden.
- Nach Abschluss der Aus- und Umbaumaßnahme ist dem Kreis Warendorf ein Verwendungsnachweis vorzulegen. Der Kreis Warendorf ist berechtigt, die Verwendung des Zuschusses durch Einsicht in die Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen zu prüfen. Die erforderlichen Unterlagen sind für die Dauer von fünf Jahren ab Beendigung der Maßnahme aufzubewahren.
- Nicht zweckentsprechend verwendete Beträge sind zu erstatten. Bei nicht der Zweckbindung entsprechender Nutzung der 8 Hospizplätze oder Einstellung des stationären Hospizbetriebs binnen 20 Jahren ist der Zuschuss anteilig zu erstatten. Ab Fälligkeitsstellung sind die Beträge mit 5 % über dem Basiszinssatz zu verzinsen. Eine Verlagerung des Hospizes an einen anderen Standort unter Beibehaltung mindestens des bisherigen Angebotes ist nicht förderschädlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5. Direktvergabe RVM**002/2009**

- Herr Dr. Strautmann:

Er mache sich Sorgen um einen möglichen Verlust des gesamten Regionalverkehrs und bitte daher um eine klare Feststellung, dass dies nicht beabsichtigt sei und die mittelständischen Fuhrunternehmen auch weiterhin berücksichtigt würden.

- Herr Gnerlich:

Es sei bereits 2006 vom Kreistag beschlossen worden, dass das kommunale Unternehmen bis 2014 erhalten bliebe. Auch sei bei der Direktvergabe die Einbindung des Mittelstandes weiter vorgesehen.

- Herr Hild:

Die örtlichen Busunternehmen sollten auch weiterhin in die Personenbeförderung eingebunden werden. Eine Langzeitgarantie könne jedoch nicht gegeben werden.

Die CDU-Fraktion wolle auch in Zukunft bei der Linienbündelung bleiben.

- Herr Ommen:

Dieser Beschluss sei sehr wesentlich, weil er die Diskussionen der vergangenen Jahre aufgreife und fortsetze.

Die RVM solle auf jeden Fall als kommunales Unternehmen erhalten bleiben. Gerade mit diesem Modell blieben die örtlichen Busunternehmen erhalten.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreis Warendorf wird zusammen mit den anderen Münsterlandkreisen als Gruppe von Behörden die derzeitigen ÖPNV-Leistungen der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) ab dem 01.01.2011 an die RVM als sogenannten internen Betreiber nach den Vorgaben der EU-Verordnung 1370/2007 direkt vergeben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage dargestellten Voraussetzungen und die Gesellschafts- und Vertragsstrukturen für die vorgenannte Direktvergabe zu schaffen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6. FahrradBus Beckum - Münster

003/2009

Beschluss:

Der Einrichtung des FahrradBusses Münster – Beckum wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

7.	Vereinsbeitritt in die Vereinigung der Leiterinnen und Leiter örtlicher Rechnungsprüfungen in Nordrhein-Westfalen (VERPA e.V.)	025/2009
----	---	-----------------

Beschluss:

Der Kreis Warendorf tritt als ordentliches Mitglied der Vereinigung der Leiterinnen und Leiter örtlicher Rechnungsprüfungen in Nordrhein-Westfalen (VERPA e.V.) bei.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

8. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien**032/2009****Beschlussvorschlag:**

1. Herr Albert Pott wird für Franz-Georg Elpers als stellvertretender sachkundiger Bürger in den Wahlausschuss bestellt.
2. Herr Jendrik Leismann wird für Franz-Georg Elpers als stellvertretender sachkundiger Bürger in den Sozialausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

9. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur Kommunalwahl 2009 030/2009

- Herr Dr. Funke:

Jede der beiden Wahlen bedürfe – unabhängig davon, ob sie isoliert oder gemeinsam stattfänden – ihrer eigenen Vor- und Nachbereitung. Das beziehe sich beispielsweise auf die Prüfung der eingereichten Wahlvorschläge, die Erstellung von Dateien zur Erfassung der Wahlergebnisse, Sitzungstermine, Stimmzetteldruck oder Prüfung der Wahlprotokolle der Wahlvorstände.

Gem. § 47 Kommunalwahlgesetz in Verbindung mit § 77 Kommunalwahlordnung sei der Kreis verpflichtet, den Kommunen für die Mit-Durchführung der Kreistagswahl anteilig Kosten zu erstatten.

Für diesen Zweck seien im Haushaltsplan 2009 88.000 € bereitgestellt. Eine differenzierte Regelung für den Fall, dass die Kommunalwahlen gemeinsam mit einer anderen Wahl stattfinden würden, sei in diesen Vorschriften nicht enthalten.

Der dritte Wahltag erfordere jedoch zusätzlichen organisatorischen Aufwand sowie zusätzliche Personal- und Sachkosten.

So müsse das Wahlamt des Kreises am Freitagnachmittag, am Samstagvormittag und am gesamten Wahlsonntag besetzt sein. Nach Schließung der Wahllokale würden die von den Kommunen übermittelten Einzelergebnisse im Kreishaus erfasst und den anwesenden Besuchern präsentiert.

Unter der Annahme, dass die vorläufigen Endergebnisse der verschiedenen Wahlen um 22.00 Uhr vorlägen, werde für etwa 20 beteiligte Mitarbeiter mit Personalkosten in Höhe von 4.100 € gerechnet. Hinzu würden für die Bewirtung der Gäste weitere 1.000 € hinzukommen, so dass sich die Kosten für den zusätzlichen Wahltermin auf etwa 5.000 € belaufen würden.

10.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29.11.2008 zur geplanten Beteiligung der RWE AG am Bau eines Atomkraftwerkes in Belene, Bulgarien	029/2009
-----	---	-----------------

- Herr Juli:

Der Kreis sei Anteilseigner der RWE AG und habe in der Vergangenheit immer wieder betont, dies auch bleiben zu wollen, um strategischen Einfluss auf den Konzern zu haben. Daher müsse man sich nun auch positionieren, wenn die RWE AG den Bau eines Atomkraftwerkes in einem Erdbebengebiet in Bulgarien plane.

Die SPD-Fraktion sei gegen die Ausweitung von Kernenergie und auch dagegen, dass sich der RWE-Konzern in Bulgarien mit einem "Leuchtturmprojekt" engagiere. Neben dem Risiko durch die Lage in einem Erdbebengebiet sei auch die in Bulgarien herrschende Korruption ein Risikofaktor für das Projekt.

Der Kreis sei in den Gremien der RWE vertreten und solle deutlich machen, dass dieses Vorhaben nicht gewollt sei.

- Herr Hild:

Er könne rechtlich gesehen keine Zuständigkeit des Kreistages für den Atomkraftwerksbau in Bulgarien erkennen.

Als kommunale Aktionäre der RWE sei es gewollt, aber rechtlich nicht möglich, Einfluss auf die Geschäftspolitik des Gesamtvorstandes zu nehmen.

Niemand, der im Kreistag sitze, könne seriös beurteilen, ob ein Atomkraftwerksbau in Bulgarien nötig bzw. sicher sei oder nicht.

- Herr Müller:

Die heiße Phase der Atomenergiediskussion liege inzwischen bereits 25 Jahre zurück. Jetzt versuche ein großer deutscher Energiekonzern durch die Hintertür wieder einen Einstieg.

Das widerspreche allem, was in Deutschland energiepolitisch gewollt sei.

Im Kreis Warendorf könne man nicht nur von der Dividende der RWE profitieren, sondern müsse sich auf der anderen Seite auch inhaltlich zur Geschäftspolitik äußern.

Der Bau des Atomkraftwerks in Belene sei eine große Gefahr. Auch aus Verantwortung gegenüber den Menschen in Belene solle sich Deutschland als eines der reichsten Industrieländer regenerativen Energien widmen.

Herr Dr. Strautmann merkt an, dass man in Deutschland sichere Atomkraftwerke hätte bauen können, wenn die rot-grüne Regierung den Atomausstieg nicht beschlossen hätte.

- Herr Juli:

Sich auf die rechtliche Frage zurückzuziehen sei zu einfach. Niemand könne die Abgeordneten hindern, darauf hinzuwirken, dass die Vertreter des Kreises in den Gremien der RWE das Vorhaben ablehnen mögen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Kreises Warendorf lehnt den vom RWE-Vorstand geplanten Neubau eines Atomkraftwerkes, russischen Reaktortyps, in Belene, Bulgarien, ab. Der Landrat des Kreises Warendorf wird beauftragt darauf hinzuwirken, dass der Vertreter des Kreises Warendorf, Herr Dr. Wolfgang Kirsch, in den entsprechenden Gremien der Vereinigung ehemaliger kommunaler Aktionäre der VEW GmbH und im Aufsichtsrat der RWE da obige Vorhaben ablehnt. Der Landrat wird ferner beauftragt, entsprechende Schreiben an die Vereinigung ehemaliger kommunaler Aktionäre der VEW GmbH und an den Vorstand und Aufsichtsrat der RWE zu senden um deutlich zu machen, dass es politischer Wille des Anteilseigners Kreis Warendorf ist, dieses Vorhaben in Belene, Bulgarien, nicht zu realisieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Ja 6 Nein 10

11.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2009 zur Einführung eines "Sozial-Tickets"	035/2009
------------	--	-----------------

- Herr Müller:

Das Sozialticket gebe es in einer ganzen Reihe von Städten, und u.a. im Kreis Unna. Das Ticket sei eine mobiliätsunterstützende Leistung.

Seit Einführung des Tickets seien im Kreis Unna die Fahrgastzahlen angestiegen. Im optimalen Fall könnten Leerfahrten mit vergünstigten Sozialtickets aufgefangen werden, so dass letztlich auch der Zuschussbedarf an die Verkehrsgesellschaft niedriger sei.

- Herr Ommen:

Das Thema Mobilitätsticket werde derzeit breit diskutiert. Die SPD-Fraktion stimme dem Prüfauftrag zu, weil es den Menschen im Kreis helfen könne, mobiler zu werden und außerdem der Umwelt helfe.

Hinsichtlich der Umsetzbarkeit müsse geprüft werden, ob sich das Ticket nur auf das Kreisgebiet beschränken solle. Hier seien insbesondere Verkehrsbeziehungen ins Umland zu beachten und ggfls. eine münsterlandweite Umsetzung. Hinzu käme die Preisfrage.

Auf jeden Fall dürfe das Ticketsystem nicht mit der Direktvergabe der RVM kollidieren.

- KD Dr. Börger:

Er sehe bei SGB II-Empfängern keine direkte Notwendigkeit für die Einführung eines solchen Tickets. Von der ARGE würden unterschiedlichste Zuschüsse und Kosten, beispielsweise für Fahrten zu Vorstellungsgesprächen, getragen und übernommen.

- Herr Gnerlich:

Der Kreis Unna habe das Sozialticket seit dem 01.12.2008 für eine Pilotphase von zwei Jahren eingeführt. Die Zielgruppe in Unna seien etwa 30.000 Personen. Nachgefragt werde das Ticket derzeit von etwa 3.000 Nutzern. Das Ticket gelte für das gesamte Kreisgebiet und koste 50 €. Der Eigenanteil des Nutzers liege bei 15 €.

Im Kreis Warendorf gebe es rund 20.000 mögliche anspruchsberechtigte Personen. Bei einer Nachfrage von 1.500 Kunden würden sich die Kosten für das kreisweite Monatsticket auf 1,2 Mio. € pro Jahr belaufen. Der Preis für ein Ticket könne bei etwa 80 € liegen.

- Herr Hild:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei ein Prüfauftrag an die Verwaltung und diesem Prüfauftrag werde auch die CDU-Fraktion zustimmen.

- Herr Juli:

Da es sich bei dem Sozialticket um originär freiwillige Leistungen handele, wäre es eventuell möglich, die Mehraufwendungen aus den RWE-Aktien hierfür zu verwenden.

Herr Dr. Funke merkt an, dass es keine noch zu verwendenden Zuschüsse aus RWE-Dividenden gebe und evtl. auch in den kommenden Jahren nicht geben werde.

Herr Buschkamp merkt an, dass es im Schienenpersonennahverkehr bereits eine Vielzahl unterschiedlichster Tickets gebe, die von niemandem mehr durchschaut werden könnten.

Bei der NWL beschäftige sich nun eine Arbeitsgruppe mit diesem Thema.

Beschluss:

Der Kreis Warendorf prüft die Einführung eines "Sozial-Ticket" für die hilfsbedürftigen Menschen in unserem Kreis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 11.40 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Dr. Heinz Börger
Schriftführer